

Tarifrunde 2004

Die Kampfkraft stärken!

Die Tarifrunde 2004 steht vor der Haustür. Es gibt keinen Grund, unter den Forderungen der letzten Tarifrunde zu bleiben. Im letzten Frühjahr gab es mächtig Druck aus den Betrieben, eine Million Metaller legten bei den Warnstreiks die Arbeit nieder. Viele VK forderten Lohnerhöhungen zwischen 10 und 12%, einige verlangten Festbeträge von 200 Euro und mehr. Insbesondere die Arbeiter in den Autokonzernen ließen sich nicht an die Leine legen.

Zur Erinnerung einige Forderungen aus dem Jahr 2002

| | |
|---------------------------------|---------------------|
| Opel Bochum: | 200 Euro |
| DaimlerChrysler Bremen | 11 %, mind.500 DM |
| DaimlerChrysler Wörth | 10,4% |
| BMW Berlin | 10 %, mind.200 Euro |
| ZF Sachs Schweinfurt | 12 % |
| Jungheinrich Hamburg | 12 % |
| Bosch Rexroth Schweinfurt | 11,5 % |
| SKF Schweinfurt | 11,2 % |
| MAN Augsburg | 205 Euro |
| MAN Nürnberg | 200 Euro |
| Siemens SBS Frankfurt | 250 Euro |
| AEG Nürnberg | 200 Euro |
| GKN Aerospace München ... | 200 Euro |
| Bosch Waiblingen | 10 % usw. |

Es gibt keinen einzigen Grund, in diesem Jahr weniger zu fordern – im Gegenteil.

Nach dem Streikbruch im Osten muß die IG Metall jetzt Flagge zeigen und die Gelegenheit nutzen. Mit Fernsehauftritten, Pressekonferenzen und Fensterreden überzeugt die IG Metall weder die Arbeiter in den Betrieben noch wird sie von den Unternehmern etwas bekommen. Nur im Kampf können die Kolleginnen und Kollegen von der Notwendigkeit und Kraft einer starken IG Metall überzeugt werden. Und der Streik ist die einzige

Sprache, die die Kapitalisten verstehen. Welches Lohnergebnis wir erzielen liegt ausschliesslich an unserer Kampfkraft. Dass wir kämpfen müssen, dafür ein paar Fakten:

„IG Metall-Vize Jürgen Peters kündigte eine Verschärfung der nächsten Tarifrunden an, sollte die Bundesregierung ihre ‚einseitige Reformpolitik‘ durchsetzen.“ (Süddeutsche Zeitung, 12.05.2003)

Die Regierung hat den Sozialraub verschärft durchgesetzt. Auf vielfachen Wunsch der Banken und Konzerne. Also muß bei ihnen zurückgeholt werden, was die Regierung der arbeitenden Klasse schon abgepreßt hat:

| | |
|--|----------------------|
| Gesundheitsverschlechterung | 15,9 Milliarden Euro |
| Streichung Arbeitslosenhilfe | 6,5 Milliarden Euro |
| Kürzung Bezugsdauer Arbeitslosengeld | 3,8 Milliarden Euro |
| Tabaksteuer erhöht | 3,0 Milliarden Euro |
| Rürups Rentenraub (geplant) | 19,0 Milliarden Euro |

Macht zusammen 48,2 Milliarden Euro. Die gesamte Nettolohn- und Gehaltssumme aller Arbeiter und Angestellten beträgt derzeit etwa 580 Milliarden Euro jährlich. Die aufgeführten Sozialkürzungen betragen demzufolge 8,3% der Nettolöhne. Also wären schon 8,3% netto bzw. **11,3% mehr brutto notwendig**, um die genannten Kürzungen auch nur auszugleichen.

Weitere Lasten seit der letzten Tariferhöhung: Höhere Ökosteuer, gewaltige Preissteigerungen durch die Euro-Einführung, Druck auf Löhne und Tarife durch die Hartz-Gesetze mit der Ausweitung der Leiharbeit, befristete Einstellungen der Älteren ab dem 50. Lebensjahr, steigende Gebühren der Kommunen usw.

Forderungen von weit über 12% (oder mindestens 250 bis 300 Euro) sind das absolute Minimum zur Abwendung weiterer Reallohnsenkungen. Und das beste Mittel, weitere Mitglieder zu werben.

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD